

Stand: 02.05.2026 00:37:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/151

"Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/151 vom 29.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/656 des UV vom 04.02.2014
3. Beschluss des Plenums 17/869 vom 25.02.2014
4. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 25.02.2014



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Antrag des Landes Baden-Württemberg zur Entschließung des Bundesrats zur Schaffung von begrenzten und befristeten Privilegien für Fahrzeuge mit besonders geringem Kohlendioxid (CO₂)- und Schadstoffausstoß im öffentlichen Straßenraum und zur Kennzeichnung von Fahrzeugen mit besonders geringem CO₂- und Schadstoffausstoß und Euro 6/VI-Fahrzeugen mittels Plaketten durch gesetzliche Maßnahmen im Bund zu unterstützen.

Begründung:

Die Entschließung des Landes Baden-Württemberg fordert die Bundesregierung auf, zeitnahe Regelungen vorzulegen, die begrenzte und befristete Privilegien für besonders schadstoffarme Fahrzeuge beinhalten. Insbesondere ist es erforderlich, eine Ausweisungsmöglichkeit von Parkplätzen – inkl. eines entsprechenden Verkehrszeichens – für das Laden von Elektrofahrzeugen im öffentlichen Straßenraum zu schaffen. Zudem ist ein Konzept zur eindeutigen Kennzeichnung von Fahrzeugen mit besonders geringem CO₂- und Schadstoffausstoß erforderlich. Auch schadstoffarme Euro VI-Fahrzeuge sollten mittels einer besonderen Plakette eindeutig gekennzeichnet werden.

Mit dieser Initiative sollen auch Elektroautos über entsprechende Regelungen für Parkplätze vor Ladestationen gefördert werden, z.B. durch zeitlich befristete Befreiungen von Parkgebühren oder generellem Gratis-Parken. Die Initiative beinhaltet fachlich vernünftige Vorschläge, die Bayern im Bund ebenfalls unterstützen sollte.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl,
Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/151

Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 23. Januar 2014 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 5. Sitzung am 4. Februar 2014 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/151, 17/656

Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Bernhard Roos

Abg. Hans Ritt

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Christian Magerl

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Daher rufe ich **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge (Drs. 17/151)

Die SPD hat hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte nun den ersten Redner ans Pult, Herrn Kollegen Bernhard Roos.

Bernhard Roos (SPD): Werte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wäre schon viel schneller am Rednerpult gewesen, wenn mich Herr Kollege Huber nicht in meinem Vorwärtsdrängen in dem engen Gang gebremst hätte. Aber es ist oft so im Leben, dass die CSU die positiven Dinge abbremst. Sie stehen einfach permanent im Weg.

Es geht jetzt um den Antrag betreffend "Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge". Das Land Baden-Württemberg und übrigens auch der Stadtstaat Hamburg haben in den Bundesrat eine EntschlieÙung eingebracht, dass im Bund eine besondere Kennzeichnung erfolgen soll.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Danke schön. Schwätzen bitte einstellen! – Diese Regelung soll unabhängig davon gelten, ob es sich um rein elektrogetriebene Fahrzeuge handelt oder nicht. Außerdem sollen Euro-6-Fahrzeuge durch eine besondere Plakette gekennzeichnet werden. Dies soll im Bund durch gesetzliche Maßnahmen unterstützt werden. Wir haben diesen Antrag hochgezogen, weil wir der Auffassung sind, dass das Nein der CSU-Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz am 23. Januar völlig verfehlt ist und im Übrigen auch im Widerspruch zu einer Antwort auf eine Anfrage von mir zur E-Mobilität im Staatsdienst des Freistaates Bayern steht.

Noch einmal kurz zur Begründung: Zwischen der Industrie, den Herstellern von Elektrofahrzeugen, den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften und den Parteien be-

steht Konsens, dass wir nicht den Weg gehen sollten, generell jedem Zuschüsse zu geben, der ein Elektromobil kaufen will. Aber Privilegien anderer Art, etwa bevorzugtes Parken und Ausweisung entsprechender Flächen und Fahrspuren, oder auch bevorzugtes oder kostenloses Laden von Elektromobilen, zumindest für eine befristete Übergangszeit, wären notwendig, um die Entwicklung zu beschleunigen.

Wir sind nach wie vor extrem weit von dem Ziel entfernt, das wir uns alle miteinander gesteckt haben, bis zum Jahr 2020 eine Million E-Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum zu erreichen. Die Anfrage, die ich gestellt habe, wirft ein alarmierendes Schlaglicht auf die Situation im Freistaat Bayern: Wir haben derzeit im Staatsdienst sage und schreibe drei Elektrofahrzeuge, zwei BMW i3 und einen BMW 535i Hybrid. Das war ein kleiner Werbeblock. Im Wissenschaftsministerium haben wir insgesamt 43 E-Mobile, darunter allerdings auch zweirädrige, von denen einige noch nicht angemeldet sind. Hier müssen wir deutlich mehr tun.

Damit komme ich zu der Frage der Privilegierung von Elektrofahrzeugen oder besonders umweltfreundlichen Fahrzeugen im öffentlichen Straßenraum. Die bis jetzt geübte Praxis mit Plaketten für umweltfreundliche Mobile hat sich quasi überlebt. Die Levels, die wir gewählt haben, sind zu niedrig. Bereits 96 % der aktuell zugelassenen Fahrzeuge sind mit Plaketten versehen. Die Umweltzonen, die wir ausgewiesen haben, sind nach Meinung des ACE eine Sache von gestern. Wir müssen die Limits und die Ansprüche an Umweltfreundlichkeit deutlich erhöhen.

Die Privilegierung im Straßenverkehrsgesetz ist per se schwierig. Ausgenommen sind Anwohner und Schwerbehinderte. Ein Auftrag der Verkehrsministerkonferenz an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, eine Reform anzustoßen, ist also überfällig. Verwunderlich ist: Mir wurde auf meine Schriftliche Anfrage, allerdings ohne Drucklegung, verdeutlicht, dass der Freistaat Bayern dies unterstützt habe. Wenn der Freistaat Bayern diesen Vorstoß unterstützt und die CSU am 23. Januar dazu noch Nein gesagt hat, würde mich interessieren, was da läuft.

Meine Redezeit ist zu Ende. Die CSU hat wieder einmal gebremst. Sie haben aber Gelegenheit, dieses Vorurteil, das ich vielleicht habe, auszuräumen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Ritt ans Rednerpult bitten.

Hans Ritt (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem SPD-Antrag wird die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, den Antrag des Landes Baden-Württemberg vom 27. September 2013 zur Entschließung des Bundesrats zur Kennzeichnung von Fahrzeugen mit besonders geringem Kohlendioxid- und Schadstoffausstoß und Euro-6-Fahrzeugen mittels Plaketten durch gesetzliche Maßnahmen im Bund zu unterstützen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Bravo!)

Diesem Antrag des Landes Baden-Württemberg hat der Freistaat Bayern wegen seiner Bedeutung und Wichtigkeit in der Bundesratssitzung vom 29. November 2013 zugestimmt. Anders ausgedrückt: Bayern hat den betreffenden Antrag befürwortet, sodass dieser im Bundesratsplenum mit Unterstützung von Bayern angenommen wurde. Die Tatsache, dass der Antrag des Landes Baden-Württemberg bereits im Bundesrat behandelt wurde und gegenwärtig auch der Bundestag damit befasst ist, ist der Grund, warum der vorliegende SPD-Antrag am 23. Januar 2014 im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz abgelehnt worden ist. Somit stellt sich mir die dringliche Frage: Warum stellt die SPD diesen Antrag noch einmal?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Um Ihnen eine Chance zu geben!)

- Dafür lässt sich keinerlei Notwendigkeit erkennen.

Hinzu kommt, dass der ursprüngliche Antrag des Landes Baden-Württemberg auf Empfehlung der dortigen Ausschüsse geändert wurde. Er bezieht sich nur noch auf

die Kennzeichnung der besonders umweltschonenden Fahrzeuge und nicht mehr, wie in der ursprünglichen Fassung der SPD, auf die Schaffung von Privilegien.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Ritt, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nein!)

Hans Ritt (CSU): Bitte nach meinem Vortrag. - Sie erkennen also selbst, dass der vorliegende Antrag nicht mehr mit dem Bundesratsbeschluss übereinstimmt. Schon deshalb ist eine Befürwortung dieses Antrages nicht geboten. Das Anliegen, eine Rechtsgrundlage für Privilegierungsregelungen zu schaffen, wurde von der Hansestadt Hamburg mit einem Gesetzesantrag und einem Verordnungsantrag aufgegriffen, mehrheitlich beschlossen und ist nun in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Sowohl den Gesetzentwurf Hamburgs als auch den geänderten Antrag des Landes Baden-Württemberg hat Bayern im Bundesrat unterstützt. Auch deswegen ist eine Zustimmung zum SPD-Antrag nicht notwendig. Bayern hat das Bundesratsvotum erfolgreich unterstützt und wird, wie bereits erwähnt, diese Angelegenheit auch im Bund weiter tatkräftig befürworten. Ich spreche aus tiefster Überzeugung: Die Förderung der Elektromobilität, vor allem in den Städten, ist ein Ziel sowohl der Bundesregierung als auch der Landesregierung.

(Beifall bei der CSU)

Die Schaffung von Privilegien für besonders umweltschonende Fahrzeuge und die Kennzeichnungsmöglichkeit im Immissionsschutzrecht ist jedoch eine Thematik, die der Bund im Straßenverkehrsrecht realisieren muss. Das Bundesverkehrsministerium hat zur Notwendigkeit ergänzender gesetzlicher Regelungen zur Förderung der Elektromobilität bereits Stellung bezogen.

Zusammenfassend können wir also festhalten, dass sich der Bundesrat positiv geäußert hat. Der Bundestag sich mit der eingebrachten Gesetzesänderung befasst. Das Verkehrsministerium steht dieser Thematik positiv gegenüber. Die Kompetenzen

sind auf der Bundesebene verteilt. Die Zustimmung zu diesem Antrag wäre somit nicht sinngemäß und zielführend. Eine nochmalige Aufforderung zum Handeln in Form der Zustimmung zum SPD-Antrag macht die ganze Angelegenheit nicht besser oder schneller. Aus den genannten guten Gründen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Wir haben jetzt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Roos. Bitte schön.

Bernhard Roos (SPD): Kollege Hans Ritt, herzlichen Dank für deine Belehrung.

(Hans Ritt (CSU): Das war keine Belehrung!)

Das schicke ich als erste Bemerkung voraus. Ich liebe es nicht, vorgeführt zu werden. Ich unterstelle, dass die Kolleginnen und Kollegen in diesem Parlament es auch nicht lieben, vorgeführt zu werden

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Sie haben das doch gemacht!)

Wenn sich ein Antrag als erledigt erweist, diskutiert man dies normalerweise so. Wir haben im Ausschuss am 23.01.2014 beraten. Da hätte man noch kalt lächelnd sagen können: Das hat sich erledigt. Sie haben das aber nicht aufgeklärt, sondern haben durch Ihre Ablehnung auch noch zugelassen, dass der Antrag hochgezogen wird, um hier vor aller Augen und Ohren zu sagen: Wunderbar, wir haben das schon gemacht. Das halte ich für unparlamentarisch und unkollegial, für einen Verstoß gegen die guten Sitten im Umgang von Staatsregierung und Parlament und der Fraktionen untereinander.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte etwas mehr Ruhe! – Herr Kollege Ritt, bitte schön.

Hans Ritt (CSU): Herr Kollege Roos, ich habe ausgeführt, dass Bayern die Bundesratsinitiative unterstützt. In der Sitzung des Umweltausschusses hat Ihr Kollege Harry Scheuenstuhl am 23.01.2014 - wahrscheinlich liegt auch darin die vom SPD-Kollegen Harry Scheuenstuhl getroffene Aussage im Umweltausschuss begründet; machen Sie sich bitte Ihre eigenen Gedanken - Folgendes gesagt - ich zitiere: "Zwar könne ein Parlamentarier die Notwendigkeit des Antrags der SPD infrage stellen, ..." Das hat er im Umweltausschuss wortwörtlich so gesagt.

(Beifall bei der CSU – Thomas Gehring (GRÜNE): Wortwörtlich, aber in indirekter Rede? – Petra Guttenberger (CSU): Austeilen, aber nicht einstecken können!))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir kommen zum nächsten Redner. Das ist der Kollege Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN, bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Warum unterstützen die FREIEN WÄHLER den Antrag der SPD?

(Zuruf von der SPD: Weil er gut ist! – Lachen bei der CSU)

Der Grund dafür ist ganz einfach: weil uns viele Dinge zu langsam gehen. Das haben wir FREIE WÄHLER mit unserem Ministerpräsidenten gemeinsam. Deswegen wollen wir hier anschieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit der Unterstützung dieses Antrags wollen wir nicht mehr und nicht weniger erreichen. Wir alle wollen, dass in den Städten weniger Fahrzeuge herumfahren, die Feinstaubbelastung verursachen. Wir wollen mehr Elektromobilität, wir wollen mehr Fahrzeuge dieser besten Klasse haben. Warum sollen wir diese Fahrzeuge nicht bezuschussen? Warum sollen wir ihnen nicht die entsprechenden Möglichkeiten an Tankstellen geben? Die vernünftigen Stadtwerke machen das sowieso. Warum sollen wir das nicht ausweiten? Wir fördern damit nur etwas, was wir seit Langem selbst ver-

langen, nicht mehr und nicht weniger. Deshalb sollten wir diesem Antrag gemeinsam zustimmen. Ich halte es nicht für sinnvoll, wenn hier in diesem Parlament gute und vernünftige Anträge ins Lächerliche gezogen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dieses Spiel sollten wir irgendwann beiseitelegen. Ich werde mir auch angewöhnen, bei guten und vernünftigen Anträgen der CSU mitzustimmen. Warum machen Sie es umgekehrt nicht genauso?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das machen wir; legen Sie halt solche Anträge vor!)

Das ist das Wichtigste, damit möchte ich es bewenden lassen. Ich befürworte den Antrag der SPD. Die FREIEN WÄHLER werden ihn mittragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Ich bitte den Herrn Kollegen Dr. Magerl ans Rednerpult.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Jetzt aber! – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es vorab: Wir werden diesem Antrag zustimmen und unterstützen ihn. Das Anliegen kommt aus Baden-Württemberg; Baden-Württemberg ist ein gut regiertes Land, und von dort kommt sehr viel Gutes.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was mit dem Antrag gefordert wird, haben die Vorredner von SPD und FREIEN WÄHLERN schon gut herausgearbeitet. Ich möchte an dieser Stelle noch auf den dringenden Handlungsbedarf, den wir in diesem Zusammenhang gerade im Freistaat Bayern haben, hinweisen und einige Zahlen zur Umweltsituation nennen, was Luftschadstoffe und PM10-Feinstaub angeht. Diese Zahlen findet man auf der Homepage des Landesamts für Umwelt. Diese Zahlen haben also nicht wir ermittelt. Das Problem Fein-

staub haben wir nach wie vor in erheblichem Umfang. Ich habe die Zahlen vom 1. Januar bis 23. Februar 2014, also bis vorgestern, herausgeholt. Die Grenze von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Feinstaub PM10 haben wir in Ingolstadt an der Rechenbergstraße bereits sechsmal überschritten, in München an der Landshuter Allee ebenfalls sechsmal, in Nürnberg an der Von-der-Tann-Straße ebenfalls sechsmal, in Oberaudorf an der Inntal-Autobahn sechsmal. Extrapoliert man diese Messwerte aufs Jahr, kommen wir in den Bereich dessen, was gerade noch erlaubt ist, oder darüber hinaus. Wir haben auch in München am Stachus Überschreitungen, und wir haben auch in Neustadt an der Donau, in Eining, also auf dem flachen Land, ebenfalls bereits fünf Überschreitungen. Das Problem PM10 tritt also nicht nur in den Industriezentren und in den Städten auf.

Zu den Stickoxiden habe ich mir die Daten des Landesamts für Umwelt aus dem Internet geholt. Der Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter bei Stickoxiden wurde letztes Jahr an sieben verkehrsreichen Straßen überschritten. An 22 Messstationen konnte im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige Abnahme der mittleren Belastungen festgestellt werden, an sechs Messstationen blieb die Belastung unverändert, und an acht Messstationen ist die Belastung mit Stickoxiden im vergangenen Jahr gestiegen. Wir haben die Stundenmittelwerte beispielsweise in München an der Landshuter Allee in 27 Fällen überschritten.

Wir haben also beim Feinstaub und bei den Stickoxiden enormen Handlungsbedarf; aber auch beim Kohlendioxid, und darauf zielt dieser Antrag zur Elektromobilität bzw. zu Fahrzeugen mit besonders geringem Schadstoffausstoß ab. Das von der Staatsregierung bei der Firma Intraplan in Auftrag gegebene Gutachten zur Verkehrsplanung in Bayern zeigt, dass über 42 % des Kohlendioxidausstoßes in Bayern aus dem Straßenverkehr stammen. Dieser Wert ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland; der Durchschnitt liegt in Deutschland bei unter 20 %. Wir haben also einen doppelt so hohen Prozentsatz wie die anderen Bundesländer, einen enorm hohen Ausstoß an Kohlendioxid. Das Gutachten, das die Staatsregierung in Auftrag gegeben hat, kommt

zum Ergebnis, dass die Kohlendioxid-Emissionen aus dem Verkehr bis 2025 nur um 0,25 % sinken. Das ist eine Schande; hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion zeigt einen Weg auf, den wir gehen könnten. Er ist sinnvoll, und wenn im Bundesrat hierzu schon debattiert worden ist – okay. Geben wir doch mit einer Zustimmung zu diesem sinnvollen Antrag Rückenwind für die Beratungen in Bundesrat und Bundestag, damit bei der Luftbelastung endlich etwas weitergeht und damit wir den Leuten in den Städten nicht ständig Grenzwertüberschreitungen zumuten. – Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte nun den Herrn Staatsminister Dr. Huber ans Rednerpult.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich ganz ehrlich bin, sage ich Ihnen: Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir gedacht: Was haben's denn? – Denn der Antrag ist, wie er hier steht, auf eine Zustimmung zum Antrag aus Baden-Württemberg und aus Hamburg im Bundesrat ausgerichtet. Ich kann bloß sagen: Das haben wir erledigt, das haben wir in Ihrem Sinne gemacht. Aber in der jetzigen Debatte ist einiges gesagt worden, das weit darüber hinausgeht. Sie haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob die Bayerische Staatsregierung auf dieses Problem bisher überhaupt nicht gestoßen wäre. Ich muss Ihnen entgegen: Es ist nicht nötig, uns darauf zu stoßen. Die Problematik ist uns wohl bewusst. Die Zahlen, die Sie, Kollege Magerl, genannt haben, rechtfertigen es nicht, "Passt so!" zu sagen; Sie müssen aber zugeben, dass sie besser geworden sind. Wir sind auf dem richtigen Weg. Um aber unser Ziel zu erreichen, bedarf es einer Technologiewende hin zur Elektromobilität. Die Bayerische Staatsregierung kann auch insoweit durchaus Aktivitäten vorweisen; das ist der Grund, warum ich mich noch einmal zu Wort gemeldet habe.

Ich darf daran erinnern, dass wir für den Zeitraum 2011 bis 2015 Modellprojekte der Elektromobilität auf den Weg gebracht haben. Beispiele sind die Modellstadt für Elektromobilität Bad Neustadt an der Saale, das Projekt E-Wald und die Modellkommune für Elektromobilität Garmisch-Partenkirchen. Wir haben gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen im Rahmen des "Schaufenster"-Programms das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet" auf den Weg gebracht. Ziel ist es, das neue Fortbewegungssystem zu erproben und in die Praxis einzuführen sowie gegebenenfalls Dinge nachzuschieben.

Wir müssen uns zudem über Folgendes im Klaren sein: Die Markthochlaufphase für Elektromobile beginnt erst. Wer den Eindruck erweckt, es komme alles von selbst, wenn man nur entsprechende Privilegien schaffe, der übersieht, dass es noch nicht viele Fahrzeuge gibt, die tatsächlich für den Einsatz in der Praxis geeignet sind. Zudem sind diese Fahrzeuge noch sehr teuer. Die meisten Menschen werden vom Kaufpreis abgeschreckt. Wir finden erst ein bayerisches Produkt auf dem Markt, den i3 von BMW. Die Zahl dieser Fahrzeuge nimmt zu; das Umweltministerium bekommt übrigens auch eines.

Jetzt sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass man mit E-Mobilen auch vernünftig fahren kann. Dazu gehören ein Netz von Ladestationen, ein Parkraummanagement, Privilegierungen, zum Beispiel für Busfahrstreifen, und ein Parkgebührenverzicht. All diese Anliegen sind von der Bundesratsinitiative abgedeckt. Die Umsetzung muss erfolgen, aber von den privaten Investoren und den Kommunen. Wir stehen voll dahinter; das kann ich nur unterstützen.

Ich will meinen Redebeitrag nicht übermäßig ausdehnen. In summa: Die Bayerische Staatsregierung hat auch diesbezüglich ihre Hausaufgaben erledigt. Der Antrag ist zwar gut gemeint, aber überflüssig. Daher sollte sich dieses Parlament damit eigentlich nicht befassen müssen. Am gescheitesten wäre es, wenn Sie ihn zurückzögen; ansonsten wäre er abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich rufe nun zur namentlichen Abstimmung den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/151 betreffend "Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge" auf; das ist der Antrag, den wir soeben unter Tagesordnungspunkt 10 behandelt haben. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.03 bis 18.08 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Ich bitte, die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen.

(Unruhe)

– Ich bitte darum, wieder Ruhe einkehren zu lassen, damit wir in die nächste Abstimmung eintreten können.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir fahren mit der nächsten namentlichen Abstimmung fort. Ich rufe den Antrag noch einmal ausdrücklich auf: Es ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Schweiger und andere und Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/244 betreffend "Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!" Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.09 bis 18.12 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit von drei Minuten ist um. Die Abstimmung ist geschlossen. Wir zählen wieder außerhalb des Saales aus. Wenn Sie wieder Platz nehmen, würde ich dann auch mit der Tagesordnung weitermachen. Ich darf darum bitten, Platz zu nehmen oder sich außerhalb des Saales zu unterhalten.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir fahren jetzt in der Tagesordnung fort.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge" auf der Drucksache 17/151 bekannt. Mit Ja haben 58 gestimmt, mit Nein haben 87 Abgeordnete gestimmt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.02.2014 zu Tagesordnungspunkt 10: Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Privilegierung besonders umweltschonender Fahrzeuge (Drucksache 17/151)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald			
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans			
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim			
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold	X		
von Brunn Florian	X			Hiersemann Alexandra			
Brunner Helmut				Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael			
Celina Kerstin	X			Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard		X		Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X						
Fehlner Martina				Kamm Christine	X		
Felbinger Günther	X			Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette	X		
Dr. Förster Linus	X			Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther	X		
Füracker Albert		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja			
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	58	87	0